

Deutsche MittelstandsNachrichten



Politik

Große Koalition: Kaum Impulse für den Mittelstand

Entwurf des Koalitionsvertrages bietet aus Sicht der Wirtschaft kaum positive Signale / Keine Entlastung bei Steuern

Der von Union und SPD vereinbarte Entwurf des Koalitionsvertrages beinhaltet insbesondere Mehrausgaben in drei Feldern – Rüstung, Bildung und Renten.

Das durch die gute Wirtschaftslage zu erwartende zusätzliche Geld im Staatshaushalt solle für die „Außen- und Sicherheitspolitik“ ausgegeben werden, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Kurzem. Damit könnte Merkel den US-Forderungen nach einer deutlichen Erhöhung der Rüstungsausgaben für die NATO nachkommen. Geplant ist zudem ein Rentenpaket, das Mehrausgaben von mehreren Milliarden Euro für die Rentenversicherung umfasst. Auch dieses Vorhaben könnte realisiert werden, da Rentner eine wichtige und zahlenmäßig wachsende Wählerschicht darstellen. Schließlich wollen Union und SPD zusätzlich 11 Milliarden Euro für Bildung ausgeben.

Mit Blick auf die Wirtschaft werden im Entwurf des Koalitionsvertrages zahl-



Martin Schulz, Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Willy-Brandt-Haus.
Foto: dpa

reiche Ziele zur Stärkung der deutschen Unternehmen genannt – konkrete Maßnahmen sind jedoch nicht zu finden.

Am wahrscheinlichsten werden Unternehmen aus dem Bereich Digitalisierung, Mikrotechnologie und Künstliche Intelligenz zu den Gewinnern des Vertrages zählen. So heißt es im Vertrag:

„Wir wollen die bestehenden Technologieprogramme für anwendungsnahe Forschung zur Förderung digitaler Spitzentechnologien wie Quantencomputing,

Robotik, autonome Systeme, Augmented Reality (3D Virtualisierung), Blockchain, Visible Light Communication und Smart Home fortführen und ausbauen. Gleichzeitig werden wir gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zentrum für Künstliche Intelligenz errichten. Die Mikroelektronik als eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Wirtschaft, für das 5G-Breitbandnetz, für die Elektromobilität und für das automatisierte und vernetzte Fahren wollen wir bei Forschung und Investitionen auch im Europäischen Rahmen weiterhin unterstützen. Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, die gesamte Wertschöpfungskette der Elektromobilität in Deutschland und Europa vorzuhalten. Die Ansiedlung einer Batteriezellfertigung ist für Deutschland und Europa ein wichtiges wirtschafts- und industriepolitisches Handlungsfeld. Die Überlegungen der EU-Kommission, im Bereich Batteriezellfertigung ein

Analyse

Stärkere Inflation drückt Reallöhne der Beschäftigten

Die rund 17 Millionen tariflich Beschäftigten haben wegen der höheren Inflation einer Studie zufolge nur ein kleines Plus im Geldbeutel. Die Tariflöhne und -gehälter stiegen 2017 nach Angaben des gewerkschaftsnahen WSI-Instituts im gesamtwirtschaftlichen Schnitt nominal um 2,4 Prozent, wie Reuters berichtet. Ziehe man die Teuerungsrate von 1,8 Prozent ab, bleibe unter dem Strich nur eine Zunahme von 0,6 Prozent.

2014 bis 2016 hätten die Arbeitnehmer in Tarifverträgen real zwischen 1,9 und 2,4 Prozent mehr in der Tasche gehabt. Das sei ein „wesentlicher Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland“ gewesen. „Spürbare Reallohnzuwächse“ seien „wichtige Faktoren für eine stabile,

balancierte Wirtschaftsentwicklung“, erklärte Schulten weiter.

Vor Kurzem berichtete Bloomberg von Anzeichen, die ein Erstarken der weltweiten Teuerung anzeigen könnten.

Laut WSI schlossen die Gewerkschaften im vergangenen Jahr neue Tarifverträge für 8,7 Millionen Beschäftigte ab. Außerdem profitierten 10,5 Millionen Beschäftigte von Erhöhungen aus älteren Vereinbarungen.

„Da die Inflationsrate wieder spürbar höher ist, fällt der Reallohnzuwachs 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer aus“, sagte WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten. Zwischen 2014 und 2016 seien die Tariflöhne wegen der sehr geringen Preissteigerung real noch zwischen 1,9 und 2,4 Prozent geklettert – „und haben damit einen

wesentlichen Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland gelegt“.

Je nach Branche gab es große Unterschiede. Bezogen auf das Kalenderjahr 2017 lag die Tarifsteigerung mit nominal 3,1 Prozent in der Textil- und Bekleidungsindustrie am höchsten, gefolgt vom Metallhandwerk mit 3,0 Prozent. Über dem Durchschnitt lagen demnach die Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst und im Gastgewerbe mit je 2,7 Prozent, der Chemischen Industrie mit 2,6 Prozent sowie der Metallindustrie mit 2,5 Prozent. Weit unterdurchschnittliche Erhöhungen zwischen 1,5 und 1,1 Prozent gab es in der Holz- und Kunststoffverarbeitenden Industrie, dem Großhandel, bei der Deutsche Post sowie beim Bankgewerbe.

Programm (IPCEI) aufzulegen, wollen wir unterstützen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas zu erhöhen, beteiligt sich Deutschland auch an weiteren Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse.“

Mittelständische Unternehmen aus dem Bereich der bionisch optimierten Werkstoffe dürften ebenfalls profitieren:

„Der Leichtbau trägt maßgeblich zu einer höheren Material- und Energieeffizienz und damit zu einem besseren Umwelt- und Klimaschutz bei. Deshalb wollen wir die Förderung dieser Schlüsseltechnologie mit dem Ziel einer breiteren industriellen Anwendung konsequent fortsetzen und ausbauen sowie branchenübergreifende Kooperationen prüfen. Wir wollen den „Neuen Werkstoffen“ – wie bionisch optimierte Werkstoffe und Adaptive Werkstoffe – verstärkte Aufmerksamkeit widmen und vor allem die branchenübergreifende Forschungsförderung mit dem Schwerpunkt Mittelstand in diesem Bereich ausbauen. Der Wandel zu einer auf erneuerbaren Ressourcen beruhenden Wirtschaft soll mit Hilfe der Bioökonomie weiter vorangetrieben werden. Dazu werden wir frühzeitig einen Dialog zwischen der Industrie und den gesellschaftlichen Akteuren über die Anforderungen an eine veränderte Rohstoffbasis im Rahmen einer Plattform initiieren.“

Für die Automobilbranche und die an sie angeschlossenen Branchen gibt es keinerlei konkrete Maßnahmen:

„Die Mobilität – und damit die Automobilwirtschaft – steht aktuell vor enormen Herausforderungen. Klimaschutz, Luftreinhaltung, neue Mobilitäts- und Geschäftsmodelle sowie sich stark divergierende Weltmärkte sind hierbei bedeutende Aspekte. Das gemeinsame Ziel, das sich die Weltgemeinschaft u. a. mit dem Pariser Abkommen gesetzt hat, ist die Realisierung einer emissionsarmen und klimaneutralen Mobilität. Hierzu müssen alle Potenziale genutzt werden. Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität technologieoffen und ohne politische Technologiefestlegung erfolgt. Die Politik ist gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen und Grenzwerte zu setzen und deren Einhaltung zu überwachen. Die

Wirtschaft ist gefordert, die richtigen Technologien zu entwickeln und mit innovativen Produkten und Geschäftsmodellen die gemeinsam gesetzten Ziele umzusetzen. Das Gelingen dieses Wandels ist wichtig für die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie.“

Unternehmen aus dem Bereich Luft- und Raumfahrt hingegen dürfen sich offenbar auf eine Steigerung der Fördergelder freuen:

„Die Luft- und Raumfahrtindustrie hat eine strategische Bedeutung für den Hightech-Standort Deutschland. Wir wollen die Mittel der hierfür zentralen Forschungsprogramme auf nationaler Ebene und insbesondere des Luftfahrtforschungsprogramms verstetigen und erhöhen. Um die Beteiligung an internationalen Luftfahrzeug- oder Triebwerkprogrammen zu ermöglichen, wollen wir die Entwicklung neuer, innovativer Produkte am Standort Deutschland weiter unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) als eigenständige internationale Organisation zu erhalten und wollen sie weiter stärken. Wir wollen die Beteiligung innovativer mittelständischer Unternehmen bei Luft- und Raumfahrtprojekten erhöhen. Wir werden ein Weltraumgesetz auf den Weg bringen, um Investitions- und Rechtssicherheit für nicht-staatliche Raumfahrtaktivitäten zu schaffen.“

Insbesondere für den Mittelstand, auf dem die Wirtschaftsleistung des Landes basiert, gibt es jedoch wenig Erfreuliches. Denn das eigentliche Ziel müsste sein, die Unternehmen steuerlich zu entlasten. Dies hängt damit zusammen, dass die USA unter Präsident Donald Trump begonnen haben, ihre Unternehmenssteuersätze zu senken. Dies führt zu Wettbewerbsvorteilen amerikanischer Unternehmen. Auch die britische Regierung liebäugelt mit Blick auf den Austritt aus der EU mit einer Senkung der Steuerlast.

Die Unternehmen des deutschen Mittelstandes werden durch vergleichsweise hohe Steuern zudem besonders belastet, weil sie nicht wie die großen multinationalen Konzerne ihren Steuersitz ins Ausland verschieben können.

Bei Vertretern der Wirtschaft stößt der Koalitionsvertrag nicht zuletzt deshalb

mehrheitlich auf Skepsis und Ablehnung. Der Koalitionsvertrag sende „widersprüchliche Signale“, erklärte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag DIHK. Positiv seien die geplanten Investitionen in eine bessere Bildung und Digitalisierung. Ein großer Schwachpunkt sei hingegen der Verzicht auf Steuerentlastungen für Unternehmen – „und das zu einem Zeitpunkt, an dem wichtige Standortkonkurrenten die Steuern senken“, kritisierte DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

„Im Koalitionsvertrag sind wenig Weichenstellungen und zukunftsweisende Projekte zu finden, obwohl zig Milliarden Euro einfach nur umverteilt werden, ohne Strukturen zu verbessern. Das Ganze wirkt, als hätte sich die Union dazu entschlossen, aus dem Kanzleramt heraus eine SPD-Regierung zu tolerieren“, wird der Präsident der Familienunternehmen, Reinhold von Eben-Worleé von Reuters zitiert.

„Union und SPD haben sich auf einen Schönwetter-Koalitionsvertrag verständigt, der nur aufgeht, wenn der Konjunkturboom anhält und die Verteilungsspielräume weiter wachsen. Aus Sicht der Wirtschaft sind die vereinbarten Kompromisse definitiv schmerzhaft. Trotz einiger positiver Akzente in den Bereichen Bildung und Digitalisierung überwiegen ganz klar die Belastungen, während von den versprochenen Entlastungen nur ein Bruchteil übrig geblieben ist. Den Preis für steigende Ausgaben zahlen nicht Union und SPD, sondern Unternehmen, Beschäftigte und Steuerzahler“, sagt Holger Bingmann vom Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen.

„In der Gesamtschau ist die deutsche Industrie mit dem Koalitionsvertrag unzufrieden“, erklärte BDI-Präsident Dieter Kempf. Beim Geldausgeben bestehe „eine klare Schiefelage in Richtung Umverteilung anstatt in Zukunftssicherung“.

„Der notwendige Neuanfang bleibt aus“, beklagte auch VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann. Ein klares Bekenntnis zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung fehle. Zudem sei die sachgrundlose Befristung „sachgrundlos dem Koalitionsfrieden geopfert“ worden.

Arbeitsmarkt

Erste Anzeichen für Fachkräftemangel in Deutschland

Unternehmen jagen sich gegenseitig geeignete Mitarbeiter ab / Gebremstes Umsatzwachstum droht

Der Aufschwung der deutschen Konjunktur stößt inzwischen an erste Grenzen. In einigen Bereichen sprechen die deutschen Wirtschaftsweisen deshalb von gewissen „Anspannungen“, die deutlich werden. Dabei sehen führende Ökonomen das größte Problem im sich abzeichnenden Fachkräftemangel.

Der Fachkräftemangel wird beispielsweise zunehmend in der Baubranche sichtbar. Wie der Chefvolkswirt des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Heiko Stiepelmann, erklärt, könne dies auf längere Sicht das Umsatzwachstum bremsen. Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts klagt bereits fast jedes fünfte Unternehmen über den Arbeitskräftemangel, der die Bautätigkeit in ihrer Gesamtheit behindere.

Im November 2017 erreichte die Zahl der erwerbslosen Baufacharbeiter mit 15.600 einen historischen Tiefstand. Als Folge davon zeigt sich ein Phänomen, das in Deutschland lange Zeit nicht zu beobachten war: Die Unternehmen jagen sich gegenseitig geeignete Mitarbeiter ab. Rund 22 Prozent der betroffenen Manager erklärten, im zurückliegenden halben Jahr mit Abwerbungen konfrontiert worden zu sein. „Selbst im Wiedervereinigungsboom war der Anteil mit 13 Prozent deutlich niedriger“, sagt Stiepelmann. Fachkräftesicherung sei für mehr als drei Viertel der Baubetriebe ein Problem.

Auftragsbücher gut gefüllt

Auch im Handwerk kommt es immer häufiger zu Engpässen. Wer fachkundige Hilfe benötigt, muss immer öfter wochenlang darauf warten. Die Auftragsbücher der Handwerksbetriebe sind so gut gefüllt, dass unter Umständen viele Wochen ins Land gehen, bis die Nachfrage befriedigt werden kann. Beim Zentralverband des Deutschen Handwerks lautet die Auskunft: „Es kann zu Wartezeiten kommen.“ Und auch hier sei der Fachkräftemangel die Ursache: 40 Prozent der Unternehmen klagen darüber, offene Stellen seien kaum zu besetzen. Darüber hinaus ist das Angebot an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt nach dem jahrelangen Aufschwung sehr dünn. Eine immer größere Anzahl von Jugendlichen drängt es nach einem Studium statt einer Lehre. Und findet

darin seinen Niederschlag: Ende des Jahres 2016 blieben 14.000 Lehrstellen unbesetzt.

Laut dem jüngsten Gutachten der Wirtschaftsweisen für die Bundesregierung erfordere der Aufbau neuer Kapazitäten Zeit: „In der Zwischenzeit wird die Anspannung in der Wirtschaft zunehmen, es wird schwieriger, Arbeitskräfte zu finden, und im Produktionsablauf werden verstärkt Engpässe auftreten, so dass sich Aufträge stauen und die Lieferzeiten steigen.“ Nach dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) bewege sich Deutschland in großen Schritten in Richtung Hochkonjunktur. Eine Hochkonjunktur ist neben einem starken Wachstum durch kräftig steigende Preise und Löhne gekennzeichnet.

Der Anstieg bei Löhnen und Preisen hat die Ursache in der Bedrohung, dass Unternehmen ihre Dienstleistungen oder Produktionen zum Beispiel durch den Fachkräftemangel nicht mehr ausweiten können. Stattdessen versuchten diese, ihren Umsatz durch höhere Verkaufspreise anzukurbeln. Die deutsche Industrie hat im November 2017 ihre Preise so kräftig erhöht wie seit sechseinhalb Jahren nicht mehr. Hintergrund seien in erster Linie Lieferengpässe gewesen. Nach Ökonom Phil Smith vom Institut IHS Markit stellten die

Lieferengpässe mittlerweile ein ernstes Risiko für den weiteren Aufschwung dar.

Mit zunehmender Überauslastung steigt die Fallhöhe

Diese Meinung wird auch von anderen Volkswirtschaftlern geteilt. Stefan Kooths, der Leiter des IfW-Prognosezentrums, meint: „Ein Boom mag sich gut anfühlen, er trägt aber den Keim der Krise in sich. Je weiter die ökonomische Aktivität über das Normalmaß hinaus zulegt, desto größer werden die Risiken für eine Anpassungsrezession, durch die Geschäftsmodelle korrigiert werden, die nur im Boom funktionieren.“

Noch werden die Schwierigkeiten von robusten Wachstumsraten überdeckt. Trotz Brexit, Diesel-Krise und Air-Berlin-Pleite wird das deutsche BIP nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahr 2018 wie in 2017 um 2,2 Prozent steigen. Allerdings warnt IfW-Experte Kooths: „Mit zunehmender Überauslastung steigt die Fallhöhe für die deutsche Konjunktur.“ Mit Beginn des neuen Jahrzehnts kann es deshalb sein, dass die deutsche Wirtschaft nicht mehr immer weiter steigt, sondern zu ins Stocken gerät.



Im November 2017 erreichte die Zahl der erwerbslosen Baufacharbeiter mit 15.600 einen historischen Tiefstand. Foto: dpa

Wirtschaft

Unternehmen sollten sich am Gemeinwohl orientieren

Starre Fokussierung auf Gewinnmaximierung untergräbt den Unternehmenserfolg / Bereitschaft zur Ausbeutung von Menschen

Recherchiert man zu diesem Thema, dann findet man bei Google unter dem Begriff „Gewinnmaximierung“ ca. 350.000 und unter dem Begriff „Gemeinwohl“ ca. 1.180.000 Einträge. Während das Thema Gewinnmaximierung vornehmlich aus Sicht von Wirtschaftswissenschaftlern sowie deren Kritikern beleuchtet wird, haben Philosophen, Literaten, Politiker und Religionslehrer schon seit Jahrtausenden das Gemeinwohl ins Zentrum ihrer Analysen und Betrachtungen gerückt.

„Bereits im alten Ägypten wurde der, ungeordnete‘ zwischenmenschliche Umgang in den verschiedensten Lebensbereichen als negativ erfahren. Diese Erfahrung wurde im Sinne einer politischen Anthropologie aufgearbeitet und führte zu der Erkenntnis der ‚Herrschaftsangewiesenheit‘ des Menschen. Die Ursache für die Notwendigkeit von Herrschaft führte man schließlich auf die ‚Unvollkommenheit‘ des Menschen zurück.“ „Die souveräne, d.h. durch keine andere Macht beschränkte, Staatsgewalt stellt im alten Ägypten die Institution des Königtums dar.“ Es stellt sich die Frage, welches genaue Verständnis die ägyptischen Pharaonen vom Thema Gemeinwohl hatten. War es Sinn und Zweck der Pyramiden, Zehntausende von Arbeitern und Sklaven in Lohn und Brot zu halten oder diente diese Unternehmung der persönlichen Gewinnmaximierung, durch die der Pharao sich ein Fortleben im Jenseits ermöglichen wollte?

Auch Platon und Aristoteles haben sich schon dem Thema „Gemeinwohl“ gewidmet. Platon (424 – 348 v. Chr.) erhebt den Anspruch, dass die Philosophen genau wüssten, was dem Gemeinwohl dient und diese deshalb die Regierung stellen sollten. Aristoteles (384 – 324 v. Chr.) setzt das Glück der Bürger an die erste Stelle der Ziele, die eine „Polis“ (altgriechisch: Stadt, Staat, ursprünglich auch Burg) erfüllen soll. Danach besteht das besondere Gut, des Gemeinwesens, aus der gerechten Verteilung der Pflichten sowie der ebenfalls gerechten Sicherung der Rechte seiner Bürger. Die Verantwortung für die Formulierung,

Einhaltung und Durchsetzung der dem Gemeinwohl dienenden Rechte und Pflichten wurde durch die Herrschaft (griechisch: kratós) des Staatsvolkes (griechisch: dēmos) sichergestellt.

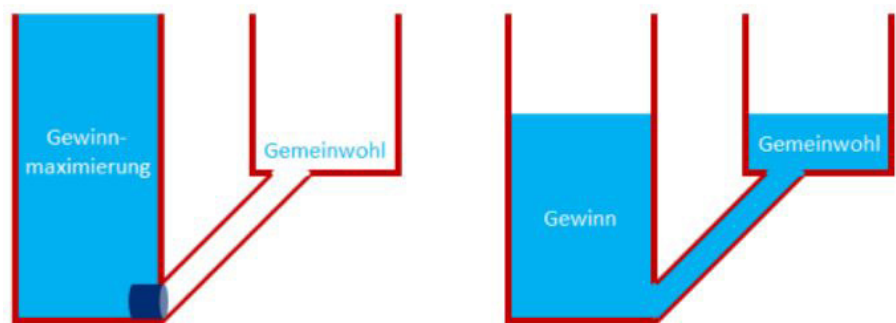
Entstanden war in der Antike die Demokratie durch den Wunsch, die Allmacht und Herrschaft einzelner zu begrenzen. Im Mittelalter definiert der dominikanische Mönch, Theologe und Philosoph Thomas von Aquin (1225 – 1274 n. Chr.) das „Bonum commune“ als das, „was für alle Geschöpfe gut ist und wonach alle naturgemäß streben“. Nach dem schottischen Ökonom und Philosophen Adam Smith (1723 – 1790 n. Chr.) stehen Gemeinwohl und Privatwohl allerdings in einem unzertrennlichen Zusammenhang.

Dies leuchtet unmittelbar ein, da ein Individuum erst nach der Verwirklichung seines Privatwohls genügend mentale und materielle Ressourcen haben wird, um seine weiteren Kräfte in den Dienst des Gemein-

sich auf das Verhalten von Wirtschaftsunternehmen übertragen.

Solche Unternehmen/Unternehmer, die ihr Handeln ausschließlich an dem Prinzip der Gewinnmaximierung ausrichten, werden keine Maßnahmen zulassen, die die Verfolgung dieses Ziels verhindern oder schmälern könnten. Voraussetzung hierfür ist ein hohes Maß an Egoismus und Rücksichtslosigkeit und damit die Bereitschaft zur Ausbeutung von Menschen bis hin zur Kinderarbeit und natürlichen Ressourcen bis hin zur Brandrodung.

Raubtierkapitalismus findet überall dort statt, wo mangelnde gesetzliche Vorschriften und fehlendes Unrechtsbewusstsein für das eigene Tun zu finden sind. Ein Unrechtsbewusstsein kann sich aber nur dann formen, wenn in der jeweiligen Bevölkerung eines Staates, unter den Mitarbeitern eines Unternehmens und bei den Eigentümern und Investoren Einigkeit darüber besteht, welche sittlichen Werte den moralischen



Quelle: Forum Mikrocontroller und Digitale Elektronik, Geregelte Wasserbefüllung, 19.12.2008

wohls zu stellen. Beim Zusammenwirken von Privatwohl und Gemeinwohl erkennt man den gleichen Wirkmechanismus wie bei kommunizierenden Röhren: Setzt man die dem Menschen gegebene Kraft mit 100% an, so bestimmt das Niveau, bei dem das Individuum das Erreichen von Privatwohl für gegeben hält, die verbleibende Kraft, die für das Gemeinwohl eingesetzt werden kann. Dieser Zusammenhang lässt

Rahmen für ethisches Handeln bilden.

In welchem Maße ein Unternehmen/Unternehmer seinen Beitrag zum Gemeinwohl leistet, hängt von der Bereitschaft ab, auf einen Teil des Gewinns zu Gunsten des Gemeinwohls zu verzichten (Abb. 14). Ein solch „großzügiges“ Verhalten kann sich im Umkehrschluss auch wieder gewinnbringend zu Gunsten des Unternehmens

auswirken: Kundenbindung und gesteigerte Kauflust können immer dann verstärkt werden, wenn der Kunde sich mit den Zielen des jeweiligen Unternehmens identifiziert, z.B.

- Danone Waters/Volvic Trinkwasserprojekt, Äthiopien
- Krombacher Regenwaldprojekt, Zentralafrika
- Feuerwear: Unikate aus recyceltem Feuerwehrschlauch

Sucht man nach Unternehmen, die ihr wirtschaftliches Handeln ausschließlich in den Dienst des Gemeinwohls stellen, so wird man bei gemeinnützigen Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz, dem Johanniterorden, dem Malteser Hilfsdienst sowie den Diakonischen Einrichtungen fündig. Diese haben sich ohne Ausnahme dazu verpflichtet, alle erwirtschafteten Überschüsse im Unternehmen zu belassen und sie für die Erfüllung ihres Auftrages im Sinne des Gemeinwohls einzusetzen. Darüber hinaus nutzen sie die grundsätzliche Bereitschaft des Menschen, einen Teil der Mittel zu spenden, die nach der

Erfüllung des individuellen Privatwohls frei sind, um für das Gemeinwohl eingesetzt zu werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Vorhandensein einer altruistischen Grundhaltung, namentlich die Bereitschaft zu teilen.

Allerdings darf daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass ein Wirtschaftssystem idealerweise nur aus gemeinnützigen Unternehmen bestehen sollte. Die Geschichte hat gezeigt, dass der Kommunismus, der eine permanente Steigerung des Gemeinwohls durch ein zentral gelenktes Wirtschaftssystem versprach, nach Jahrzehnten des wirtschaftlichen Niedergangs nicht mehr überlebensfähig war. Es zeigt sich, dass politische Systeme, in denen der Staat/Herrschaftsapparat das Individuum lediglich als kleinste Einheit einer Gemeinschaft sieht, die von der Staatsmacht gesteuert wird, wirtschaftlich nicht erfolgreich sind. Aktuelle Beispiele hierfür sind Nordkorea, Simbabwe, Weißrussland und viele andere mehr.

Der tief in der menschlichen Seele verankerte Wunsch, nicht nur zu überleben,

sondern gut zu leben, hat die Menschheit seit ihrem Erscheinen zu immer neuen Errungenschaften geführt. In dem seit Mitte des 19. Jahrhunderts angebrochenen Zeitalter der industriellen Hochkultur bedurfte es immer wieder staatlicher Eingriffe, um übertriebene Gewinnmaximierung und Gier zu mäßigen. Beispiele hierfür sind die zum Ende des 19. Jahrhunderts eingeführte und seitdem weiter verbesserte Sozialgesetzgebung, vielfältige Gesetze zur Regulierung der Finanzmärkte und Vereinbarungen zur Wahrung des Umweltschutzes, zu denen sich viele Länder der Weltgemeinschaft bekennen (Pariser Klimaabkommen von 2015 in Nachfolge des Kyoto-Protokolls von 1997). Alle diese sinnvollen Maßnahmen allein reichen aber nicht aus, um verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln nachhaltig sicherzustellen. Hierzu bedarf es der Bereitschaft der Verantwortlichen, sich zu einer Ethik – sittlichem Handeln – zu bekennen, diese niederzuschreiben und sie konsequent, immer und überall zu leben.

Dieser Beitrag ist entnommen aus „Profitmaximierung oder Gemeinwohlmehrung. Interne und externe Motive des Umdenkens“ als Teil aus dem Band „Von der sozialen zur ökosozialen Marktwirtschaft“. Erschienen im Springer-Verlag, 2018.

Max W. Römer ist Gründungspartner und Chairman von Quadriga Capital, Gründungsvorstand des Bundesverbands der Kapitalbeteiligungsgesellschaften BVK Berlin, und Past-Chairman von InvestEurope, Brüssel.

| Raubtierkapitalismus | Good corporate citizen |
|--------------------------|------------------------------|
| Egoismus | Altruismus |
| Ausbeutung | Soziale Marktwirtschaft |
| Steuerflucht | Steuerehrlichkeit |
| Profit für Wenige | Mitarbeiterpartizipation |
| Soziales Ungleichgewicht | Soziale Verantwortung |
| Gesundheitsgefährdung | Unfall-, Gesundheitsvorsorge |
| Überschätzung | Demut, Respekt |
| Überheblichkeit | Ausgewogenheit, Mäßigung |
| Rücksichtslosigkeit | Nächstenliebe |

Quelle: Eigene Darstellung

Energieversorgung

Strom-Produktion aus erneuerbaren Quellen gestiegen

Erneuerbare Quellen erzeugten ein Plus von 20 Prozent / Größter Anteil stammt von Wind, Solar- und Wasserkraftanlagen

Solar-, Wasser- und Windkraftanlagen in Deutschland haben nach Angaben des Energieanbieters Eon im vergangenen Jahr so viel Strom erzeugt wie nie zuvor. Von Januar bis Dezember produzierten allein diese Anlagen zusammen rund 154 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom, wie aus Berechnungen des Ener-

giekonzerns hervorgeht, die der Nachrichtenagentur AFP vorliegen. „Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von rund 20 Prozent“, erklärte Eon-Geschäftsführer Robert Hienz.

Ergänzt um die Biomasse-Anlagen kommen demnach weitere 38 Milliarden kWh hinzu. Die meiste erneuerbare

Energie erzeugten Wind-, Solar- und Wasserkraftanlagen mit rund 16,5 Milliarden kWh im Dezember, dicht gefolgt vom Oktober mit 15,9 Milliarden kWh. In beiden Monaten produzierten vor allem die On- und Offshore-Anlagen – also Windräder auf dem Land und auf See – den Großteil des Ökostroms.



Vor allem die zahlreichen Herbststürme sorgten für eine Auslastung der Windräder. Foto: dpa

Vor allem die zahlreichen Herbststürme hätten die Windräder häufig ausgelastet, erklärte Eon. In den Frühlings- und Sommermonaten habe es dagegen im Süden Deutschlands viel Sonne gegeben. Deshalb hätten im Mai, Juli und August die 1,6 Millionen Solaranlagen, die vor allem in den südlichen Bundesländern installiert seien, monatlich rund fünf Milliarden kWh Strom produziert – und damit jeweils knapp vor den Onshore-Windrädern gelegen.

Bis auf Biomasse- und Wasserkraftanlagen, die relativ konstant Energie erzeugten, unterlägen die erneuerbaren Energien saisonalen Schwankungen, erklärte Eon. Stromspeicher wie etwa Batterien könnten helfen, den Ökostrom künftig noch besser über das gesamte Jahr zu nutzen.

Handel

Deutsche Firmen mit weltgrößtem Export-Überschuss

Deutsche Unternehmen haben 2017 einen extremen Leistungsbilanzüberschuss erzielt / Doppelt so hoch wie China

Deutschland hat dem Ifo-Institut zufolge im vergangenen Jahr erneut den weltweit größten Überschuss in der Leistungsbilanz erzielt. Mit umgerechnet 287 Milliarden Dollar sei er mehr als doppelt so groß ausgefallen wie der von Exportweltmeister China mit 135 Milliarden Dollar, ergaben der Nachrichtenagentur Reuters vorliegende Berechnungen der Münchner Forscher. „Damit lag Deutschland zum zweiten Mal in Folge vor allen anderen Ländern“, sagte Ifo-Experte Christian Grimme zu Reuters. Noch vor China auf Platz zwei schob sich diesmal Japan, das einen Überschuss von etwa 203 Milliarden Dollar erwirtschaftete.

Die Daten bergen politischen Zündstoff: Deutschland wird wegen seines enormen Überschusses von US-Präsident Donald Trump kritisiert, aber auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission. Letztere hält Überschüsse von dauerhaft mehr als sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes für stabilitätsgefährdend, da Ländern mit Überschüssen solchen gegenüberstehen, die Defizite haben und sich verschulden müssen. Den Ifo-Berechnungen zufolge lag der deutsche Überschuss im vergangenen Jahr mit 7,8 Prozent erneut weit über dieser Marke, auch wenn er geringer ausfiel als 2016 mit 8,3 Prozent.

daraus resultierende Einkommen erreichte bis November netto 49 Milliarden Euro. Das macht mehr als ein Fünftel des Überschusses aus.

Wird nur der Warenhandel berücksichtigt, dann ist China erneut das Land mit dem weltgrößten Exportüberschuss. „Allerdings gaben die Chinesen noch mehr als in der Vergangenheit für Reisen in das Ausland aus“, sagte Grimme. „Dadurch wurde der Leistungsbilanzüberschuss deutlich gedämpft.“ Der starke Anstieg des japanischen Überschusses erkläre sich durch zusätzlich empfangene Zahlungen aus Auslandsvermögen.

Das Ifo-Institut erwartet, dass der deutsche Überschuss auch in diesem Jahr bei 7,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen wird. Sollten die Notenbanken ihre Zinsen stärker als erwartet erhöhen, könnte er auch höher ausfallen. „Sollte sich die geldpolitische Ausrichtung stärker als erwartet normalisieren, dürften über höhere Kapitalmarktzinsen die Einnahmen aus dem Auslandsvermögen steigen“, sagte Grimme. „Dadurch würde der deutsche Leistungsbilanzüberschuss dann höher ausfallen.“

China: Reisen dämpfen Bilanz

„Der deutsche Überschuss lässt sich vor allem auf den Warenhandel zurückführen“, erklärte Grimme. Hier übertrafen die Exporte die Importe allein in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um 249 Milliarden Euro. „Haupttreiber war die Nachfrage nach deutschen Waren aus der EU und den USA.“ Zum Überschuss trugen aber auch die Erträge aus den im Ausland angelegten Vermögen bei. Das



Der deutsche Überschuss lässt sich vor allem auf den Warenhandel zurückführen. Foto: dpa

Deutschland muss Import stärker fördern

Die anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüsse sind für Außenhandelspräsident Holger Bingmann ein Weckruf, um die deutschen Einfuhren kräftiger nach oben zu fahren. Zunächst einmal seien die Überschüsse ein Ausweis dafür, dass Deutschland in der Welt „tolle Produkte und Dienstleistungen“ von hoher Qualität

anzubieten habe, sagte der neue Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen der Nachrichtenagentur Reuters. Es wäre ein Fehler, nun die Ausfuhren zu drosseln. Stattdessen müsse Deutschland die Importe stärker fördern, um das weltweit kritisierte Ungleichgewicht im deutschen Außenhandel zu korrigieren.

„Ich bin aber ehrlich ein bisschen beunruhigt über das Handelsbilanzde-

fizit, das wir als Europäische Union gegenüber Amerika haben, was moderne Dienstleistungen im IT-Bereich und benachbarten Feldern betrifft“, ergänzte Bingmann. „Wir müssen schauen, dass wir im Bereich der Amazons, der Googles aufholen, um hier nicht Ungleichgewichte in den entsprechenden Produkten zu erzeugen.“

Technologie

China baut riesigen Luftreiniger

Chinesische Forscher wollen gegen das Problem der Luftverschmutzung vorgehen / Sie wird in Gewächshäuser gesaugt

Umweltverschmutzung ist in China das Thema Nummer eins. Aus gutem Grund versuchen daher die Behörden nach Möglichkeiten, das Problem des chronischen Smogs zu lösen.

Ein Versuchsturm mit einer Höhe von über 100 Metern in Nordchina – von seinen Betreibern als der größte Luftreiniger der Welt bezeichnet – hat laut den leitenden Wissenschaftlern zu einer spürbaren Verbesserung der Luftqualität geführt.

Der Turm wurde in Xian in der Provinz Shaanxi gebaut und wird von Forschern des Umwelt-Instituts an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften getestet. Der Leiter der Studie, Cao Junji, erklärte, in den letzten Monaten sei in der Stadt auf einer Fläche von 10 Quadratkilometern Verbesserungen der Luftqualität beobachtet worden. Der Turm habe mehr als 10 Millionen Kubikmeter saubere Luft pro Tag seit seiner Inbetriebnahme produziert. An stark mit Smog belasteten Tagen sei der Turm in der Lage gewesen, die Luftverschmutzung auf ein moderates Niveau zu reduzieren.

Das System funktioniert durch Gewächshäuser, die etwa die Hälfte eines Fußballfeldes um den Turm herum bedecken. Verschmutzte Luft wird in die Gewächshäuser gesaugt und durch Sonnenenergie erwärmt. Die heiße Luft steigt

dann durch den Turm und durchläuft mehrere Schichten Reinigungsfilter.

Effektive und kostengünstige Methode

Bekanntlich ist die Feinstaubbelastung PM 2.5 im Smog besonders gesundheitsgefährdend. Diese fielen in Xian durch den Turm bei starker Verschmutzung um 15 Prozent. Die Ergebnisse seien jedoch vorläufig, da das Experiment noch nicht abgeschlossen sei, so Cao. Im kommenden März plant das Team, detailliertere Daten mit einer vollständigen wissenschaftlichen Bewertung der Gesamtleistung zu veröffentlichen.

Ziel des Projekts ist es, eine effektive und kostengünstige Methode zur künstlichen Entfernung von Schadstoffen aus der Atmosphäre zu finden. Die Kosten des Projekts wurden nicht bekannt gegeben.

Auch in Xian basiert ein Großteil der Energiegewinnung der Stadt auf Kohleverbrennung – besonders in den Wintermonaten. Die Betreiber des Turms versichern jedoch, das System funktioniere auch in den kalten Monaten, da es die Beschichtungen auf den Gewächshäusern dem Glas ermöglichen, Sonnenstrahlung mit einer viel höheren Effizienz zu absorbieren. Cao Team hatte daher in der Umgebung mehr als ein Dutzend Stationen zur Überwachung der Verschmutzung eingerichtet, um die Wirkung des Turms zu testen. „Die

Idee hat im Testlauf sehr gut funktioniert“, so Cao.

Die meisten Länder in Asien setzen bei der Strom-Erzeugung auf die Kohlenkraft. Wie die Financial Times berichtet, sind die Preise in den vergangenen Monaten aufgrund der hohen Nachfrage aus China sowie der starken industriellen Tätigkeit in anderen Staaten der Region deutlich gestiegen.

Kohle soll zurückgedrängt werden

Während viele Länder des Westens versuchen, Kohle in ihrem Energiemix zurückzudrängen, resultieren etwa 40 Prozent des in Schwellenländern erzeugten Stroms aus der Kohlekraft. BMO Capital Markets zufolge hat die Kohleverstromung in den großen Volkswirtschaften Asiens im vergangenen Jahr zugenommen.

„Thermische Kohle – einmal mehr versorgt sie das Wachstum in Asien und die Urbanisierung“, wird der Vorsitzende des Rohstoffhändlers Glencore zitiert. „Es ist einer der Rohstoffe, in welchen in den vergangenen Jahren nicht ausreichend investiert wurde.“

Die Preise für Kohle sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Die Notierungen für australische Kohle – welche als Standardware für den asiatischen Markt gilt – stiegen seit Sommer 2017 von etwa 80 Dollar auf aktuell 103 Dollar je Tonne.